[illegible] Jahrgang. Nr. [illegible]

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale

Einzelnummer [illegible]

[illegible]

Dienstag, 6. Juni 1922

[illegible]

Ueber unsere parlamentarische Arbeit.*)

Von Ernst Meyer.

In der letzten Zeit ist innerhalb der Partei das Interesse für die Arbeit der kommunistischen Parlamentsfraktionen gestiegen. Die Hauptursache dafür liegt in der wachsenden Bedeutung der Stellungnahme unserer Partei in den Ländern, deren Parlamente über eine Mehrheit der drei Arbeiterparteien verfügen. Die Unterstützung von rein sozialistischen Regierungen und die Frage des Eintritts von Kommunisten in eine Arbeiterregierung sind keine rein parlamentarischen Angelegenheiten; sie berühren weit mehr als irgend eine andere parlamentarische Angelegenheit die politische Haltung der Gesamtpartei. Es ist daher selbstverständlich, daß die Parteiorganisation gerade in diesen Fragen das größte Interesse an dem Auftreten der Parlamentsfraktionen hat. So hat sich die letzte Sitzung des Zentralausschusses nicht nur eingehend mit der parlamentarischen Lage in Sachsen beschäftigt, sondern sich auch das Recht vorbehalten, die Frage des Eintritts in eine sächsische Arbeiterregierung endgültig zu entscheiden.

Aber abgesehen von der besonders wichtigen Frage der kommunistischen Parlamentsarbeit in Ländern mit rein sozialistischer Regierung ist auch sonst die Anteilnahme breiterer Kreise der Mitgliedschaft an der Politik der kommunistischen Fraktionen gestiegen. In unserer Presse nimmt die Wiedergabe kommunistischer Anträge und Anfragen und die Behandlung parlamentarischer Angelegenheiten (Besprechung von Gesetzentwürfen usw.) einen breiteren Raum ein als früher. Weder quantitativ noch qualitativ besser geworden ist allerdings die Berichterstattung über die öffentlichen und die Kommissionssitzungen der Parlamente. Auch in den Mitgliedschaften wird häufiger als früher die Arbeit unserer Parlamentsfraktionen erörtert. Im allgemeinen zielt jede Diskussion über die parlamentarische Arbeit darauf ab, die Verbindung zwischen Parteiorganisation und Parlamentsfraktion enger zu gestalten. Nach den Statuten der Dritten Internationale und unserer Partei soll jede Parlamentsfraktion nur als Organ der Gesamtpartei auftreten. Tatsächlich hat es aber bei einzelnen Fraktionen gelegentlich an der Verbindung mit der Organisation, und bei der Organisation vielfach an dem Interesse und der Kontrolle gegenüber den Fraktionen gefehlt. Daher ist jede Anregung zu begrüßen, die dieses engere Verhältnis zwischen Partei und Fraktion herzustellen geeignet ist.

Als ich auf dem Gründungsparteitage im Dezember 1920 die Eingliederung der Parlamentsarbeit in die politische Arbeit der Gesamtpartei forderte und auf die Bedeutung der Parlamentstribüne für die revolutionäre Propaganda hinwies, entgegnete Paul Levi, daß die Situation für die kommunistischen Parlamentarier wesentlich ungünstiger sei als während des Krieges, als Karl Liebknecht im Reichs- und Landtage den Klassenfeinden seine Anklagen ins Gesicht schleuderte. Nun, in Wirklichkeit haben sich die Gegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie und zwischen der kommunistischen und den sozialreformistischen Parteien seit dem Kriege noch verschärft. Die Gelegenheit zur revolutionären Betätigung im Parlament ist daher keineswegs geringer geworden, und verschiedene kommunistische Fraktionen haben auch häufig, was selbst der am meisten kritisch veranlagte Genosse nicht wird bestreiten können, solche Gelegenheiten richtig ausgenutzt.

In der letzten Zeit ist die Frage aufgeworfen worden, worin eigentlich der revolutionäre Charakter der Parlamentsarbeit besteht. Die Thesen des 2. Weltkongresses geben für die Beantwortung dieser Frage recht beachtenswerte Anhaltspunkte. Es ist bezeichnend, daß Parteimitglieder, die unsere Partei in eine reformistische oder sozialrevolutionäre umwandeln wollten wie Ernst Friesland, an diesen Thesen Anstoß genommen haben und eine andere „Formulierung" für zweckmäßig hielten. In Wirklichkeit entspricht die in den Thesen des 2. Weltkongresses niedergelegte Beurteilung des bürgerlichen Parlamentarismus in der gegenwärtigen Epoche durchaus der kommunistischen Auffassung, und auch die in den Thesen enthaltenen Anweisungen für die revolutionäre Arbeit in den Parlamenten sind keineswegs überholt. Nach diesen Thesen muß die kommunistische Parlamentsarbeit ständig in engster Verbindung mit der außerpalamentarischen Arbeit der Partei stehen. Große Massenbewegungen müssen ihren Niederschlag und ihren Widerhall in dem Auftreten der Kommunisten in den Parlamenten finden. Zu erwartende oder sich ankündigende Bewegungen der Arbeiterschaft sind im Parlament durch Erörterung ihrer Ursachen vorzubereiten. Die Notlage des Proletariats in allen ihren Formen ist jederzeit kritisch zur Sprache zu bringen. In Anträgen und Gesetzentwürfen sind die Wege zur Besserung der Lebenslage des Proletariats aufzuweisen, wobei der Inhalt der Anträge häufig insofern einen „demonstrativen" Charakter tragen wird, als eben eine wirkliche Beseitigung der Nöte des Proletariats innerhalb der bürgerlichen Demokratie unmöglich ist. Aber auch die Aufstellung noch erfüllbarer Forderungen ist notwendig, weil die Bourgeoisie mit allen Mitteln jede Verringerung ihrer Profitmöglichkeiten und jede Erweiterung proletarischer Machtpositionen abwehrt. Im ganzen werden die kommunistischen Fraktionen stets die „Offensive" zu ergreifen haben, um die Widersprüche und die Wirkungen des kapitalistischen Systems aufzudecken und die Arbeiterverrätereien der reformistischen Parteien zu brandmarken.

Um diese Aufgabe erfüllen zu können, werden die kommunistischen Parlamentarier mit der größten Sorgfalt alles Material über die Notlage des Proletariats und die kapitalistische Anarchie zu sammeln haben. Es ist daher wünschenswert, daß jeder kommunistische Parlamentarier nicht nur eng mit dem Proletariat und insbesondere mit der Partei seines Wahl- oder Wohnbezirks verwachsen ist; er wird auch zweckmäßigerweise einzelnen politischen Fragen sein besonderes Augenmerk zuwenden müssen. Zu diesem Zweck ist die Verbindung des kommunistischen Parlamentariers mit Betriebsräte- und Gewerkschaftsfraktionen, Elternbeiräten, Berufsverbänden je nach dem Inhalt der von ihm bearbeiteten Spezialfrage notwendig. Infolge

*) Aus „Die Internationale", Heft 23. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft, e. G. m. b. H., Nikolaistraße 49/50.

Heraus mit den politischen Gefangenen.

Ueber 200 Briefe sind in den letzten zwei Wochen bei der Genossin Zetkin eingelaufen, Briefe verzweifelter, von Hunger und Elend zermürbter Arbeiterfrauen, deren Ernährer hinter Zuchthaus- und Gefängnismauern sitzen. Ueber 200 Briefe, und jeder ein Dokument proletarischen Kampfes, proletarischer Not und sozialdemokratischer Schande. Eine einzige Anklage gegen Herrn Radbruch, des Deutschen Reiches Justizminister, und seine Partei bilden diese Briefe der Angehörigen politischer Gefangener.

Die Briefe waren bestimmt, der Neunerkommission vorgelegt zu werden. Ihre letzte Hoffnung setzten viele der Ausgemergelten, von Krankheit und Sorge gedrückten Arbeiterfrauen auf die Zusammenkunft der Vertreter der drei Arbeiterinternationalen der ganzen Welt. War doch in dieser Neunerkommission auch vertreten die Partei, von deren Wollen oder Nichtwollen die Amnestie, die Freilassung der politischen Gefangenen in erster Linie abhängt: die deutsche sozialdemokratische Partei.

Die Neunerkommission fiel auseinander, bevor sie Zeit gefunden hatte, sich mit dem Elend der politischen Gefangenen zu beschäftigen. Nun muß der Schrei der Eingekerkerten, der Frauen und Kinder vom gesamten Proletariat gehört und aufgenommen werden. Es muß verkündet werden in aller Welt, daß in einem Augenblick, wo sich die deutschen Sozialdemokraten moralisch entrüsten über den Moskauer Prozeß gegen ein halbes Hundert bewußte Konterrevolutionäre in Deutschland Hunderte von Arbeitern um Vergehen, die sie aus ihrer politischen Ueberzeugung heraus begangen haben, langsam zu Tode gemartert werden. Die Not der Angehörigen übersteigt alle Vorstellungen. Man muß diese Briefe gelesen haben, einen nach dem andern, um das ganze Elend zu begreifen, das diese Opfer des politischen Kampfes zu erdulden haben. Aus jedem Brief spricht der Hunger, blickt die Not, schreit die Verzweiflung. Frauen, die sich krank und hungrig zur Arbeit schleppen, die zusehen müssen, wie die Gesichter ihrer Kinder immer schmaler werden; Säuglinge und Kinder von ein und zwei Jahren, denen die Milch fehlt, weil sie von den paar Mark Armenunterstützung nicht mehr bezahlt werden kann; alte arbeitsunfähige Väter und Mütter, deren Söhne Papierdüten kleben oder in Einzelhaft verkümmern, während die Eltern langsam verhungern; Kriegskrüppel, denen der Dank des Vaterlandes dadurch bewiesen wird, daß ihnen die armselige Rente gestrichen wird, weil sie im Zuchthaus sitzen — unendlich und mannigfaltig gestaltet ist die Kette, die den Opfern der Klassenjustiz, der außerordentlichen Gerichte, die Kehle zuschnürt. Wie oft berichten diese Frauen, an deren Schrift man schon erkennen kann, wie zermartert und gequält sie sind, daß sie die Möbel, die Betten, alles, was nicht niet- und nagelfest war, verkaufen mußten. Nur wenige werden von der Gemeinde geringfügig unterstützt; ohne die Unterstützung durch die „Rote Hilfe" wären sie längst verhungert. Und vor der Zukunft steht das Gespenst der Schuldenlast, in das sich jede Mark, Gemeinde- und Staatsunterstützung verwandelt, diese Unterstützungen müssen zurückgezahlt werden. Die Entlassenen berichten, daß rücksichtslos bei ihnen die Kosten des Prozesses, hunderte, manchmal tausende von Mark, eingetrieben werden. So straft die deutsche Bourgeoisie die Proletarier, die wagten, für die Revolution mit Taten oder Worten einzustehen. Herr Radbruch und seine Partei decken den Rachefeldzug mit ihrem Namen und ihrer Politik.

Die Briefe dieser Arbeiterfrauen sind nicht bestellte Arbeit, obwohl die „Rote Hilfe" ihre Absendung veranlaßt hat. In jedem spiegelt sich ein Familienschicksal und jedes ist von dem anderen verschieden. Nur eines ist der herrschende Grundton: die Not ist lawinengleich angewachsen, sie wächst mit jedem Tag und wird in wenigen Wochen oder Monaten die auf ihre Ernährer wartenden Frauen und Kinder unter sich begraben. Ein lautloses Sterben und Verderben hat jetzt schon eingesetzt; die Teuerung und ihre Folgen geben diesen Proletarierfamilien den letzten Stoß.

Herr Radbruch hat geantwortet auf eine kleine Anfrage der Kommunisten im Reichstag, daß der größte Teil der politischen Gefangenen bereits entlassen sei. Ein umso schwereres Schicksal ist den in den Gefängnissen und Zuchthäusern zurückgebliebenen zugesprochen. Warum nicht auch mein Mann? fragt manche Frau, und tiefer noch wird die Verbitterung.

Die Zahl der heute noch politisch Inhaftierten ist so groß, daß das Regime des Herrn Radbruch und Genossen genau noch in demselben Lichte erscheint wie bisher. Wohl ist ein Teil der wahnsinnigen Zuchthausstrafen der Ebertschen Ausnahmegerichte umgewandelt in Gefängnis. Aber für die Betroffenen ist es kein großer Unterschied, ob sie im Zuchthaus oder Gefängnis sind und die Frauen und Kinder spüren von der Aenderung überhaupt nichts. Und wenn aus 5 Jahren Zuchthaus 3 Jahre Gefängnis geworden sind, so ist auch diese Umwandlung illusorisch; der Strafvollzug in der Ebertrepublik ist noch genau so raffiniert wie unter dem wilhelminischen Regime und besorgt auch in drei oder zwei Jahren das Werk der Zermürbung an den Eingesperrten. Die Frauen und Kinder aber werden in wenigen Monaten schon diese Humanität Herrn Radbruchs nicht mehr bedürfen — weil sie verhungert oder auf andere Art zu Grunde gegangen sind.

Es muß aber auch festgestellt werden, daß die Zahl der nicht umgewandelten Strafen, der hohen Zuchthausstrafen, noch immer ungeheuerlich ist. Die eingegangenen Briefe allein melden 87 Gefangene mit zusammen 377 Jahren Zuchthaus. Dabei haben sich lange nicht alle gemeldet, deren Männer oder Söhne noch im Zuchthaus stecken. Die Gefängnis- und Festungsstrafen sind im Durchschnitt etwas niedriger, aber immer noch kommen einige hundert Jahre Gefängnis und Festung zu den Zuchthausstrafen hinzu.

Dieser Justizschmach der Ebert-Republik gegenüber fragen wir den Reichsjustizminister, den Sozialdemokraten Radbruch, ob er immer noch eine allgemeine Amnestierung der politischen Gefangenen ablehnt. Wir fragen die sozialdemokratische Partei Deutschlands, ob sie ihren ganzen Einfluß in der Regierung aufbieten will, um die Kämpfer für die Revolution aus den Kerkern herauszulassen.

Die Neunerkommission hat wie in allen, so auch dieser Aufgabe versagt. Die in ihr vertretenen Parteien der 2. Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft beschäftigten sich so eingehend mit antibolschewistischen Reden, daß sie für die Opfer der weißen Justiz in Deutschland keine Zeit übrig hatten. Und die Parteigenossen des Herrn Radbruch ebenso wie Th. Liebknecht und Kurt Rosenfeld gegen die russische Revolution zu verteidigen, als sich um die Befreiung der eingekerkerten revolutionären Kämpfer in Deutschland zu bekümmern.

Was die Neunerkommission unterlassen hat, müssen die deutschen Arbeiter in ihrer Gesamtheit nachholen. Sie müssen überall in Versammlungen und Betrieben die Freilassung aller noch in den Zuchthäusern und Gefängnissen zurückgehaltenen revolutionären Proletarier verlangen. Sie müssen Herrn Radbruch und seine Partei zwingen, die Kerker zu öffnen, in denen die Opfer der gegenrevolutionären Politik der bürgerlichen Parteien, die von den Sozialdemokraten unterstützt wurden, schmachten.

Stadtbibl. Breslau 9. 6. 22

[illegible] Tätigkeit in dem Verwaltungsapparat und den [illegible] erreicht, z. B. die SPD. der alten [illegible] über eine [illegible] der in Frage kommenden parlamentarischen Angelegenheiten. Unsere kommunistischen Parlamentarier werden danach streben müssen, sich eine [illegible] bis ins einzelne gehende Sachkenntnis zu erwerben.

Je größer diese Kenntnis, umso wirkungsvoller wird auch für die außerparlamentarische Oeffentlichkeit die Kritik ausfallen. Die Schärfe der Kritik ist natürlich nicht abhängig von der Häufung von Schimpfworten, so sehr die Verrätereien unserer Gegner auch dazu Anlaß geben mögen; sondern die geschickte Zusammenstellung des Stoffes, die klare Herausarbeitung der Ursachen und Wirkungen und die einfache Darlegung der politischen Schuld unserer Gegner wird außerhalb des Parlaments den stärksten Widerhall wecken und die Arbeiter für unsere Ueberzeugung gewinnen. Karl Liebknecht z. B. war einer der besten Vertreter des revolutionären Parlamentarismus. Wenn man seine inzwischen gesammelten Parlamentsreden („Reden und Aufsätze") nachliest, wird man nie ein Schimpfwort darin finden. Und trotzdem wirkten seine Reden ätzend durch die Gegenüberstellung der Phrasen und der Taten aller Arbeiterfeinde, durch die Aufdeckung jeder Lüge und Verdunkelung, deren sich Regierung und Parteien im Kriege noch häufiger als vorher schuldig machten. Am empfindlichsten wurden die Kriegshetzer und Kriegsfreunde durch Liebknechts kleine Anfragen im Reichstage getroffen, die ohne jede Kritik nur in sehr geschickter Form durch Fragen die schwächsten Stellen der deutschen Kriegslage berührten.

In einigen Parteikreisen ist das Mißverständnis entstanden, als ob die auch in den Thesen des 2. Weltkongresses verlangte „herausfordernde Haltung" kommunistischer Parlamentarier sich in turbulenten Szenen und Sitzungssprengungen allein oder auch nur sinnfälliger äußern könne als durch Beobachtung der Richtlinien, die oben kurz skizziert wurden. Karl Liebknecht hat kaum je ein beleidigendes Wort gebraucht, nie eine Trillerpfeife verwandt, noch irgend eine Sitzung gesprengt — und doch war sein Wirken mindestens nicht weniger revolutionär als das derjenigen Genossen, die auf diesem Gebiete Liebknecht weitaus übertreffen. Liebknechts Reden und Anträge wirkten dagegen so, daß Regierung, Parlamentspräsidenten und Parteien jedes geschriebene oder gesprochene Wort zu unterdrücken versuchten und vor Wut aufzischten, wenn Liebknecht durchzudringen sich bemühte. Gewiß ist heute manche Form der Kriegspsychose und der Zensurängstlichkeit geschwunden, die es Karl Liebknecht saurer als den heutigen Parlamentariern machten, sich durchzusetzen. Aber gerade deshalb bietet das Studium der Parlamentsreden Liebknechts Belehrung für die richtige Anwendung und Differenzierung der parlamentarischen Kampfmittel.

Es ist ein Symptom einer falschen Einstellung gegenüber unserer kommunistischen Parlamentsarbeit, wenn kürzlich öffentlich gerade die Unterlassung einer Sitzungssprengung als Beweis für die Mängel unserer Parlamentsarbeit herangezogen wurde. Die Tätigkeit unserer Fraktionen gibt gewiß Anlaß genug, Kritik zu üben, aber diese Kritik müßte sich nicht gerade vornehmlich mit der Nichtausnutzung des Obstruktionsmittels beschäftigen. Auch hier besteht offenbar bei manchen Parteigenossen ein Mißverständnis. Rosa Luxemburg hat anläßlich der Anwendung der Obstruktion durch die alte Reichstagsfraktion bei der Beratung der Lex Heinze sich grundsätzlich über die Obstruktion geäußert. Sie schreibt dazu:

„Als ein Versuch der parlamentarischen Minderheit, unter Benutzung der parlamentarischen Rechte, die Mehrheit an ihren Beschlüssen zu verhindern, also den Parlamentarismus durch den Parlamentarismus selbst zu bekämpfen, die außerparlamentarische Mehrheit gegen die parlamentarische im Parlament zur Geltung zu bringen, bildet die Obstruktion dem Wesen nach ein Bindeglied und eine Uebergangsform zwischen parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampfe.

Dieser zwieschlächtige Charakter der Obstruktion äußert sich auch darin, daß sie stets nur bei kräftiger Unterstützung von „der Straße" möglich ist, ob diese sich in Zeitungskundgebungen von Professoren, Massenversammlungen der Intelligenz und der Arbeiter oder in Straßentumulten der Volksmenge äußert.

Weil aber die Obstruktion schon eine Vereinigung des Kampfes in- und außerhalb des Parlaments, eine Einführung des außerparlamentarischen Druckes in das Parlament hinein darstellt, so ist sie auch die letzte und äußerste Form des parlamentarischen Kampfes. Schärfere Waffen zur Verteidigung der Volksmehrheit im Parlament als die Obstruktion besitzt eine Minderheit von Volksvertretern nicht. Es stellt sich deshalb, nachdem nun diese schärfste und letzte Waffe von unseren Vertretern im Reichstag zum ersten Male ins Treffen geführt worden ist, von selbst die Frage ein: Welches war die Situation, die unsere Parlamentarier zum Aeußersten getrieben, welches das Interesse, um das es sich gehandelt hat?..."

In diesen Sätzen wird mit aller Deutlichkeit hervorgehoben, daß nicht das Mittel an sich über seinen Wert entscheidet, sondern daß je nach der Situation die Anwendung eines Mittels berechtigt ist oder nicht. Nach einer genauen Prüfung der damaligen Situation kommt Rosa Luxemburg zu einer Verwerfung der Obstruktion bei der Lex Heinze. Sie schreibt:

„Auch hier besteht eine Analogie zwischen unserer Obstruktion und der Dreyfußkampagne in Frankreich. Wie hier die Sozialisten in vollkommen gerechtfertigter Weise einen Einzelfall als die Erscheinungsform großer sozialer Gegensätze erkannten, im Kampfe selbst aber sich durch ungenügende Hervorhebung des allgemeinen poli[illegible] als Kraftvergeudung erscheint, [illegible] nicht [illegible] zu haben, die sie völlig-grundsätzlich [illegible] lassen..."

An dieser Kritik der Genossin Luxemburg ist zweierlei wichtig. Genossin Luxemburg verwirft die Obstruktion bei der Beratung der Lex Heinze als „Kraftvergeudung", und sie übt diese scharfe Kritik gegenüber einer Fraktion, der sie sonst stets Opportunismus zum Vorwurf gemacht hat.

Franz Mehring hat einmal gesagt, daß es für den Politiker eine entscheidende Hauptfrage ist, stets das richtige Maß der Dinge zu finden. Diese Angleichung der Mittel an den politischen Inhalt und Zweck muß auch das Verhalten unserer kommunistischen Fraktionen bestimmen. Unsere Fraktionen werden viel mehr noch als bisher, in engster Verbindung mit den breiten Massen und unserer Parteiorganisation, zum Sprachrohr der Nöte und Kämpfe des Proletariats werden müssen. Bei der Wahl der parlamentarischen Mittel werden aber unsere Fraktionen nicht die Worte Mehrings und Rosa Luxemburg und das Beispiel Karl Liebknechts vergessen dürfen.

Die Not der Familien der Eingekerkerten.

[illegible]

„[illegible]"

Frau H. R., [illegible] i. W.

„Ich bin nicht in der Lage, meine 6 Kinder zu erhalten, denn ich kann nicht mit verdienen. [illegible] habe keine Kartoffeln, keine Kohlen, keine Kleidung, meine Kinder zu kleiden; ich habe den Aeltesten jetzt aus der Schule bekommen und bin in große Schulden geraten... Ich habe schon manche Wirtschaftsgegenstände verkaufen müssen. Nun sollen wir zum 1. Juni aus der Wohnung. Schon voriges Jahr haben sie uns auf die Straße geworfen und mir die paar Möbel gänzlich ruiniert."

Frau M. E., Offenbach.

„Infolge völliger Mittellosigkeit bin ich durch die so lange erduldeten Entbehrungen jetzt fast ununterbrochen krank, bzw. arbeitsunfähig. Eins von unseren 3 Kindern habe ich noch bei mir, zwei sind mir fortgenommen und in einer auswärtigen Erziehungsanstalt untergebracht, wo sie aus Sehnsucht nach ihren Angehörigen mehr kränkeln."

Frau F. H., Zeitz.

Die Luxemburgmörder frei!

Die Farce der Gerichtsverhandlung gegen den Raubmörder Leutnant Ernst Krull und seinen Kumpan stud. phil. Oberleutnant Siegfried Bracht wurde zu Ende geführt. Das Urteil hatten wir bei Kenntnis der deutschen Justiz vorausgeahnt, es übertraf aber noch unsere Erwartungen. Krull erhielt wegen Diebstahls in zwei Fällen drei Monate Gefängnis. Das Gericht, das sonst immer betonte, der Mordverdacht gegen Krull habe mit der jetzigen Verhandlung nichts zu tun, vergaß dies in seiner Sorge um das Wohlergehen des Mörders Rosa Luxemburgs und rechnete ihm die Untersuchungshaft, die Krull wegen Mordverdachts im Jahre 1921 abgesessen hatte, auf die Strafe an, jene lächerliche Komödie einer Untersuchungshaft, in der Krull völlige Bewegungsfreiheit genoß, freien Ausgang hatte und im Gefängnis das Schlemmerleben des Baltikumschiebers weiter führen konnte.

Der Raubmörder Krull hat also seine Strafe „abgebüßt".

und da er sechs bis sieben Monate in Untersuchungshaft war, hat er schon die drei Monate vorausabgesessen, falls er nochmals einen Proletarierführer ermordet und beraubt. Das Urteil des Gerichts war nichts anderes als eine Verherrlichung der Mörder und kann für sie und ihresgleichen nur ein Ansporn sein zu neuen Taten. Dieselbe Justiz, die in Naumburg die Genossin Hedwig Krüger, die während der Märzunruhen Samariterdienste geleistet und dabei eine irgendwo gerade hängende Schürze umgebunden hatte, wegen räuberischer Erpressung zu insgesamt sechs Jahren Zuchthaus verurteilte, obwohl sie gleich nach ihrer Verhaftung die Schürze dem Eigentümer wieder zurückgeschafft hatte, dieselbe Justiz verurteilt den Raubmörder Krull zu drei Monaten Gefängnis, und auch das nur scheinbar!

Wenn der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Orthmann, harte Worte gegen den Meuchelmörder sprach, so war dies nichts anderes als Sand in die Augen der Arbeiter. Triumphierend rühmte sich Krull in seinem Schlußwort noch seiner Mitwirkung an der Ermordung Rosa Luxemburgs und forderte

Lynchjustiz für alle Führer des Proletariats.

Dafür bestätigte ihm das Gericht, daß er dem Vaterland hervorragende Dienste bei der Aufrechterhaltung der „Ruhe und Ordnung" geleistet hat. Wie sollte es auch anders sein! Aus dem Blute Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts stieg ja Fritz Ebert als Reichspräsident empor und aus dem Blute Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts erwuchs die kapitalistische Ruhe und Ordnung der „freiesten Republik der Welt", erwuchs die blutige Niederlage des Proletariats.

Wir wollen unsererseits schon gar nicht fragen, was der Herr sozialdemokratische Reichsjustizminister Radbruch dazu zu sagen hat, der genau weiß, daß zu derselben Zeit, wo der Raubmörder Krull in Freiheit gesetzt wird,

Hunderte von Proletariern wegen ihres revolutionären Kampfes gegen die Bourgeoisie in Gefängnissen und Zuchthäusern sitzen.

Der Prozeß der Sozialrevolutionäre.

Gespräch zwischen einem Sozialdemokraten und einem Kommunisten.

Von L. Sosnowski (Moskau).

I.

Der Kommunist: Die Neunerkommission ist also auseinandergefallen. Die Führer sind abgereist. Was aber sollen wir tun? Wir können nirgendwo abreisen. Wir arbeiten in demselben Betrieb. Wir leiden unter demselben Feind, wir erdulden dasselbe Elend. Man läßt uns Steuern zahlen ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit. Die Händler auf dem Markt schauen auch nicht auf die Mitgliedskarte, sie interessieren sich nur dafür, wie sie uns das Fell über die Ohren ziehen können. Die Millionäre bedrücken uns mit der gleichen Wucht. Was sollen wir jetzt tun?

Der Sozialdemokrat: Die Einheitsfront ist notwendig, sonst werden wir bis auf die Knochen ausgeplündert. Aber Ihr Kommunisten seid es, die an der Sprengung der Einheitsfront schuld sind. Im „Vorwärts" las ich, daß es sich als unmöglich erwiesen hat, mit Euch die Einheitsfront zu schließen, weil die russische Regierung dies durch die Verfolgungen gegen die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre verhindert. Jetzt fängt eben in Moskau der Prozeß der SR. an; das alles müßte aufhören.

Kommunist: Hör mal, mein Lieber, Dein „Vorwärts" lügt, wie gewöhnlich. In der Republik deines Parteigenossen Ebert sitzen noch Tausende von kommunistischen und parteilosen Arbeitern für den revolutionären Kampf in den Gefängnissen. Wir stellen aber die Befreiung dieser Arbeiter nicht als Vorbedingung für die Einheitsfront auf. Wir wirken in anderer Weise auch für ihre Befreiung. Aber die Einheitsfront der Arbeiterklasse ist viel wichtiger, als das Schicksal einer Anzahl von Arbeitern. Vielleicht wird die proletarische Einheitsfront die Stunde ihrer Befreiung näherrücken. Aber glaubst du wirklich, daß man das Schicksal der revolutionären Arbeiter Deutschlands mit dem der Menschewiki und SR. in Rußland vergleichen kann?

Sozialdemokrat: Ich muß gestehen, ich sehe hier keinen Unterschied. Hier und dort verfolgt man für Ueberzeugungen.

Kommunist: Ich sehe, daß du hier die Wahrheit nicht kennst. Wenn du willst, will ich dir über die SR. das erzählen, was ich über sie weiß. Wollen wir plaudern?

Sozialdemokrat: Bitte.

Kommunist: Sag mal, billigst du den Kampf der russischen Arbeiter gegen die Kapitalisten und Großgrundbesitzer, gegen Denikin und Wrangel?

Sozialdemokrat: Selbstverständlich. Meinst du denn, daß ich mit diesen monarchistischen Banditen sympathisieren kann?

Kommunist: Also, erkennst du das Recht des russischen Proletariats an, sich gegen die Konterrevolution zu verteidigen und sie anzugreifen? Das Recht, die Gegenrevolutionäre ins Gefängnis zu stecken und die gefährlichsten von ihnen sogar zu erschießen?

Sozialdemokrat: Selbstverständlich erkenne ich es an. Aber was hat das mit den SR. zu tun? Das sind doch Sozialisten und Revolutionäre.

Kommunist: Siehst du, die SR. haben zwei Gesichter. Eins nach Europa gewandt, das andere nach Rußland. Du siehst das erste, und wir das zweite. Die Kapitalisten suchen mit bewaffneter Macht die Sowjetregierung in Rußland zu stürzen. Hältst du diese Bestrebungen für gegenrevolutionär?

Sozialdemokrat: Selbstverständlich.

Kommunist: Nun eben. Die SR. arbeiten vom 7. November 1917 bis zum heutigen Tage nur für dieses Ziel: die Sowjetmacht mit bewaffneten Mitteln zu stürzen. Hast du davon nicht gehört, weißt du nicht, daß es den SR. gelungen war, an der Wolga, in Sibirien, in Archangelsk und in der Ukraine für eine gewisse Zeit Erfolge zu erringen, die Sowjetregierung zu stürzen und sie durch eine andere zu ersetzen. In Archangelsk wurde die Regierung des SR. Tschaikowsky organisiert, in Samara und Sibirien die Regierung der Konstituante, in der Ukraine die Regierung der sogenannten Rada.

Sozialdemokrat: Erstens ist das schon lange her, und zweitens haben die SR. an Stelle der Sowjetregierung demokratische und sozialistische Regierungen gesetzt. Das ist doch keine Gegenrevolution.

Kommunist: Hat dir denn nicht dein „Vorwärts" die ganze Geschichte bis zu Ende erzählt? Kennst du denn nicht folgende Tatsachen: Am 3. Mai 1918 haben die SR. mit Hilfe der von Frankreich bezahlten tschechoslowakischen Truppen die Sowjetmacht an der Wolga gestürzt. Am 18. November desselben Jahres hat Koltschak ohne die geringste Mühe die SR. davongejagt und sich zum Regenten und Diktator erklärt. In Archangelsk wurde um die gleiche Zeit die sozialrevolutionäre Regierung Tschaikowskys, Ignatiews und [illegible] durch den General Miller verjagt und durch die Diktatur dieses Generals ersetzt. Eigentlich herrschten dort die Ententegenerale, die hinter Miller standen, die englischen Generale Poll und Ironside und andere. In der Ukraine wurde die „sozialistische" Rada von deutschen Bajonetten verjagt und durch die Diktatur des Hetmans Skoropadski, eines Strohmannes der Hohenzollern, ersetzt. In Aserbeidschan dauerte die Herrschaft der Menschewiki und SR. nach dem Sturz der Sowjets einige Wochen, dann kam die mohammedanische bürgerliche Partei Musawat an die Macht.

Sozialdemokrat: Es ist sehr traurig, daß die demokratische sozialistische Macht der SR. angesichts dem Ansturm der Reaktion sich nicht halten konnte. Aber darum sind doch die SR. nicht schuld.

Kommunist: Nein, sie haben ganz bewußt der Bourgeoisie geholfen, die Sowjetregierung zu stürzen, sie schlossen ein Bündnis mit der Entente und erhielten von ihr Geld und Waffen. In der ersten Periode der Revolution, als die Reaktion geschlagen war, halfen die SR. weißgardistische Armeen zu schaffen, indem sie auf geheimen Wegen monarchistische Offiziere aus Moskau in die Grenzgebiete transportierten, wo die Fronten gegen die Sowjetregierung gebildet wurden. Die russischen Bolschewiki haben immer darauf hingewiesen, daß die SR. die Vorarbeit für die Gegenrevolution leisten. Was die Methoden ihrer angeblich „sozialistischen" Tätigkeit anbetrifft, so erlaube mir, dir einige Fragen zu stellen.

Sozialdemokrat: Bitte.

Kommunist: Jetzt steht der Sozialdemokrat Ebert an der Spitze der Deutschen Republik. Hältst du es für zulässig, daß unsere Kommunisten tückische Ermordungen Eberts, Scheidemanns, Noskes, Brantings in Schweden, Vanderveldes in Belgien organisieren?

Sozialdemokrat: Wozu stellst du solche Fragen? Es ist längst bekannt, daß die Sozialdemokraten gegen die Taktik der terroristischen Attentate sind, sogar den monarchistischen Regierungen gegenüber.

Kommunist: Zur Freude der Weltbourgeoisie haben die SR. Attentate auf Lenin (mißlungen), auf Wolodarskij (getötet), auf Trotzki (es ist nicht gelungen, den Zug, mit dem er fuhr, zu sprengen) veranstaltet.

Sozialdemokrat: Kein ehrlicher Arbeiter würde dies billigen, wenn es wahr ist.

Kommunist: Wir werden noch später darüber sprechen, ob es wahr ist. Jetzt aber sagen wir: wenn irgend ein Kommunist oder eine Kommunistengruppe in Deutschland ein Attentat auf einen sozialdemokratischen Minister veranstaltet hätte, was wäre mit ihnen geschehen? Hätte man sie vor das Gericht gestellt oder nicht?

Sozialdemokrat: Eine überflüssige Frage. Selbstverständlich hätte man sie vor Gericht gestellt.

Kommunist: Auch ich bin dieser Ansicht. Und ich denke, daß man Trotzki und Sinowjew als Verteidiger vor ein deutsches Gericht nicht zugelassen hätte. Die russischen Bolschewiki aber haben Vandervelde, Rosenfeld, Modigliani und andere zugelassen. Noch eine Frage: Wie findest du folgende Handlungsweise? Das ZK. der Partei der SR. organisiert ein Attentat auf Lenin und schafft eine besondere terroristische Kampforganisation zu diesem Zweck. Nach dem vollzogenen Attentate sagt sich das ZK. öffentlich von dem Attentate los.

Sozialdemokrat: Warum soll man aber nicht glauben, daß das ZK. der Partei der SR. am Attentate nicht teilgenommen hat, und daß einzelne Personen aus ihrer eigenen Initiative handelten.

Kommunist: Die bevorstehende Hauptverhandlung gegen die SR. wird diese Frage vollkommen klären. Wie ist aber deine Meinung darüber?

Sozialdemokrat: Leute zur Ermordung zu schicken, die Volksführer in Todesgefahr zu bringen und selbst die Hände in Unschuld waschen, eine solche Handlung ist moralisch verwerflich.

(Fortsetzung folgt.)

[illegible]

Der Rechtssozialist Kaliski als Kronzeuge der Unternehmer.

[illegible]

Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie. Berlin NW. 7, 27. Mai 1922. Dorotheenstr. 36.

Betr. die achtstündige Arbeitszeit.

Sehr geehrte Herren!

In dem dem Reichswirtschaftsrat vorliegenden Gesetzentwurf über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter hat der von diesem Parlament darum ersuchte Mehrheitssozialist Kaliski ein Gutachten erstattet, in dem er für die Uebergangszeit des deutschen Wiederaufbaues eine Abschaffung des Achtstundentages für die nächsten fünf Jahre verlangt. Da die Gültigkeit der im November 1918 erlassenen Anordnung über die Arbeitszeit abgelaufen ist und durch ein Notgesetz nur bis Oktober d. J. verlängert wurde, scheint es angebracht, daß die Unternehmer rechtzeitig Material für die Gesetzesberatung den Reichstagsabgeordneten beschaffen. Deshalb wendet sich der Hansa-Bund heute mit der Bitte an Sie, Ihre Erfahrungen und Wünsche in bezug auf die Gestaltung des Achtstundentages uns baldgefälligst mitzuteilen. Wir erlauben uns, Ihnen zu diesem Zwecke einen Fragebogen vorzulegen mit der Bitte, die darin aufgeführten Fragen je nach der Eigenart Ihres oder Ihnen nahestehender Wirtschaftsbetriebe objektiv zu beantworten und baldmöglichst einzusenden.

Für Ihre Mühewaltung sagen wir Ihnen unseren verbindlichsten Dank.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie.

Wie raffiniert und systematisch der Hansabund vorgeht, beweist eine auf der Rückseite des Schreibens gegebene „Anleitung" für die einzelnen Unternehmer, um diesen die Nützlichkeit des Regierungsentwurfes für die Beseitigung des Achtstundentages zu zeigen.

Da heißt es unter anderem: Es kann (im Verordnungswege bzw. durch Gewerbeaufsichtsbeamte, nach Anhörung (!) der Betriebsvertretung, von den Verwaltungsbehörden, durch Verbindlicherklärung von Tarifverträgen, auch vom Reichsarbeitsminister) in einigen bestimmten, im Gesetzentwurf vorgesehenen Fällen eine längere Arbeitszeit genehmigt werden:

7. unter außergewöhnlichen Verhältnissen, insbesondere zur Ersparung von Brennstoffen (Zusammendrängung der Arbeit auf einzelne Wochentage);
8. für gewisse Gewerbezweige oder Gruppen von Arbeitern, bei denen regelmäßig und in erheblichem Umfange bloße Arbeitsbereitschaft vorligt;
10. in anderen Fällen aus Gründen des Gemeinwohls.

Diese kautschukartigen Bestimmungen, die doch wahrlich jederzeit eine Durchbrechung und Beseitigung des Achtstundentages zulassen, gehen aber den Unternehmern noch nicht weit genug, denn das Anschreiben schließt mit folgenden Worten:

Es fehlt aber z. B. die unbeschränkte Zulässigkeit einer Ueberschreitung der Arbeitszeit für Arbeiten, die im öffentlichen Interesse oder zur Verhütung eines unverhältnismäßig hohen Schadens unverzüglich vorgenommen werden müssen.

In den beigefügten Fragebogen befinden sich unter anderem die Fragen:

6. Inwiefern halten Sie die Einbeziehung der Arbeitsbereitschaftszeit in die Arbeitsleistungszeit für berechtigt?
7. In welchem Umfange haben Sie zur Aufrechterhaltung Ihres Betriebes Ueberstunden einlegen müssen, und wie weit ging dabei die Bereitwilligkeit der Arbeiter, Ueberstunden zu machen (trotz gesetzlichen Verbots)?
12. Welche Vorschläge machen Sie,
   a) um einerseits den Achtstundentag dem System nach (!) zu halten,
   b) andererseits es dem Arbeitgeber zu ermöglichen, nach Bedarf die Arbeitszeit zu verlängern?
   c) sonstiger Art zur anderweitigen gesetzlichen Festsetzung der Arbeitszeit?
13. Können Sie uns besonders drastische Fälle aus der Praxis des Achtstundentages (Arbeiteräußerungen über den Achtstundentag usw.) nennen?

Aus diesem Rundschreiben und Fragebogen des Hansabundes mit dem Zweck „Material" zu sammeln für die bürgerlichen Abgeordneten als Unterlage zu den bevorstehenden Auseinandersetzungen bei der Beratung des Arbeitszeitgesetzes im Parlament, wird jeder Arbeiter den furchtbaren Ernst der Situation erkennen. Aufhebung des Achtstundentages auf alle Fälle, durch direkte Angriffe im Betriebe und durch die Gesetzgebung, das ist die Losung der Unternehmer.

Das empörendste dabei ist, daß sich die Kapitalisten noch auf sogenannte „Arbeitervertreter" berufen können. Der ausdrückliche Hinweis auf das Gutachten des Rechtssozialisten Kaliski, der übrigens sein Vorgehen in der „Glocke" noch frech verteidigt, ist ein so scharfes Urteil über die SPD., daß endlich jedem Arbeiter die Augen über das verräterische Treiben dieser „Arbeiter-Partei" aufgehen müßten. Dieser Kaliski ist nach wie vor Mitglied der SPD. — zur Schande für die ganze Deutsche Arbeiterbewegung. Doch dieser Kaliske ist nicht allein. Erst dieser Tage trat der rechtssozialistische Wirtschaftsminister R. Schmidt auf der Gewerbeschau in Dresden für ein neues Ueberschichtenabkommen im Bergbau ein. So erweisen sich die SPD.-Führer überall als die Handlanger des Kapitals.

[illegible] Erfüllungspolitik im Reichstag.

[illegible]

Das kommt nicht etwa nur zum Ausdruck in einer gesteigerten Bolschewistenhetze und in der bürgerlichen und konterrevolutionären Ausnutzung des Prozesses gegen die sozialrevolutionären [illegible]-Mörder, das tritt vor allem in der Weise in Erscheinung, daß die SPD. und USPD. sich nun mit vereinten Kräften zu Hütern aufwerfen der Erfüllungspolitik der Wirth-Hermes-Regierung auf Kosten des Proletariats.

In der Reichstagssitzung vom 31. Mai beantragte der Deutsche Volksparteiler Hebler, die Besprechung der Antwortnote der deutschen Regierung auf die Note der Reparationskommission alsbald auf die Tagesordnung zu setzen. Er begründete sein Vorgehen mit den außerordentlich weitgehenden Zugeständnissen der deutschen Regierung in bezug auf Steuer- und Finanzkontrolle des Auslandes. Der Unabhängige Dittmann erklärte das Verlangen für berechtigt und beantragte die Anberaumung einer Sitzung am Donnerstag zu diesem Zweck. Der SPD.-Mann Müller (Franken) plädierte für Ueberweisung der Frage an den Aeltestenrat, um die unbequeme Maßnahme von hinten herum abwürgen zu können, was dann auch — wie wir noch sehen werden — geschehen ist.

Nachdem eine Reihe kleiner Vorlagen erledigt wurde, kam es zur Selbstkastrierung des bürgerlichen Parlamentarismus, wobei Herr Crispien, der revolutionäre Wortreiter der USPD.

der Reaktion die Steigbügel hielt.

Im Aeltestenausschuß ist die USPD. nicht nur umgefallen, sondern hat sich auch in hinterhältiger Absicht einen Scheingrund geschaffen, um die in der Oeffentlichkeit betonte Bereitwilligkeit der USPD. zur Besprechung der neuen Pariser Note der Regierung von hinten herum wieder abzuwürgen. Die neue Note der Regierung an die Reparationskommission bedeutet, abgesehen von der Finanzkontrolle Deutschlands durch die Entente, die Deutschland auf die Stufe der ehemaligen Türkei herabdrückt, eine neue ungeheuerliche Ausplünderung der bereits halbverhungerten proletarischen Masse in Deutschland. Jede Partei, die es ehrlich meint mit der Wahrnehmung der proletarischen Interessen, müßte unter allen Umständen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln diese neue Ausplünderung zu verhindern suchen, ehe sie eine vollzogene Tatsache ist. Was tat statt dessen die USPD.? Herr Crispien, der noch in der Dienstagsitzung des Reichstags seinen Bannfluch gegen die Bolschewikiregierung in Rußland schleuderte, weil diese infolge des Konterrevolutionären Treibens besonders der deutschen Sozialisten aus Existenzgründen mit dem westlichen Kapitalismus verhandeln muß, und der in heldenhaft pathetischer Weise in den Reichstagssaal hineinschrie: „Der Sozialismus wird niemals Konzessionen an das Privatkapital machen", derselbe Crispien rettete die verbrecherische Politik der Wirth-Hermes-Regierung durch das Einbringen einer — Interpellation, die zur Verhandlung kommen soll —

„für den Fall, daß der Reichskanzler weitere Mitteilungen über die Pariser Verhandlungen machen könne."

Also, die USPD. fordert nicht einmal, daß ihre Interpellation sofort behandelt werde, o nein, ihr revolutionäres Gewissen ist schon beruhigt, falls überhaupt der Reichskanzler geruhen sollte, sie nicht zu beantworten. Für einen Theatermaler ist eben die Hauptsache die Heldenpose. Herr Crispien und seine revolutionären Trabanten hatten jedenfalls die Genugtuung, daß die Behandlung der neuen Note der Reichsregierung vor Auseinandergehen des Reichstags verhindert wurde.

[illegible]

[illegible] behalte sich vor, die Regierung über die Fortführung ihrer Reparationspolitik zu interpellieren", [illegible], diese Interpellierung, wie das gegenwärtige Beispiel zeigt. Für die Deutsche Volkspartei erklärte Dr. Becker (Hessen), sie werde für das Mißtrauensvotum stimmen. Für die Kommunisten gab

Genosse Höllein

die Erklärung ab:

„Die Kommunistische Fraktion hat zu dem Antrag der Deutschnationalen einige Abänderungsanträge gestellt. Sie ist sich wohl im klaren darüber, daß die Absichten der Deutschnationalen andere sind als die der Kommunisten. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß in allen Ländern mit parlamentarischer Tradition — und die Parteien des Reichstages, die die Regierung stellen, sind ja angeblich Anhänger des parlamentarischen Systems — jede Regierung in der Regel von den Parteien links und rechts das Mißtrauen ausgesprochen bekommt. Es ist deshalb nur eine schamlos unehrliche Kampfesweise, wenn das Zusammengehen bei bestimmten Fragen als eine Weggenossenschaft zwischen Reaktion und äußerster Linken denunziert wird. Wir Kommunisten werden uns jedenfalls durch derartige Demagogien nicht davon abhalten lassen, die Interessen der breiten werktätigen Massen nachdrücklichst wahrzunehmen, im Gegensatz zu denen, die sie leichten Herzens preisgeben. Die Volksvertretungsrechte, auf die in dem Mißtrauensantrag verwiesen wird, sind das mindeste, was Parteien, die angeblich hinter der Demokratie stehen, wahren müßten und es ist notwendig, daß vor dem Lande in formeller Abstimmung Protest erhoben wird gegen die ungeheuerliche Art, wie in der demokratischen Republik die elementarsten Gegensätze des bürgerlichen Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie mit Füßen getreten werden. Im Falle der Ablehnung unserer Abänderungsvorschläge werden wir für den deutschnationalen Mißtrauensantrag stimmen."

Die Sozialdemokraten beider Färbungen tobten darob wie besessen. Es war ihnen sichtlich unangenehm, daß ihre Preisgabe der aller elementarsten Volksrechte zugunsten des deutschen Raubkapitalismus angeprangert worden war. Bei der Abstimmung stimmten nur Kommunisten, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale für den Mißtrauensantrag.

Die USPD. rettete wieder einmal die geheiligte Erfüllungspolitik der Wirth-Regierung,

deren neue Lasten demnächst die deutsche Arbeiterklasse vollends zu Boden drücken werden.

Hierauf vertagte sich das Haus. Nächste Sitzung Dienstag, den 13. Juni, 2 Uhr. Tagesordnung: Artikel 18 der Reichsverfassung und „Falls entsprechend dem Antrage Crispien vorher eine Mitteilung des Reichskanzlers eingeht, wird die Sitzung früher anberaumt werden. Also falls ...!!

Ein neuer Appell der Arbeiterhilfe.

Die vom Auslandskomitee zur Organisierung der Arbeiterhilfe für Rußland bestellte Studienkommission, bestehend aus Vertretern nationaler Komitees sowie technischen, kaufmännischen und Bankfachmännern, ist in Moskau eingetroffen und gleich nach dem Hungergebiet abgereist. Ein Teil der Kommission fährt nach Petrograd zur Besichtigung der dortigen Unternehmungen der produktiven Wirtschaftsbeihilfe.

Die Delegation richtete am 28. Mai aus Moskau folgenden telegraphischen Aufruf an die Weltarbeiterschaft:

Moskau, 26. Mai 1922.

An die Genossen aller Länder!

Heute verläßt unsere Delegation Moskau, um in die Hungergebiete der Wolga, von Kasan bis Tsaritsin zu fahren. Die Zeit ist schwer und die gefährlichste des Jahres: Es sind die Monate vor der neuen Ernte. Die Not der Bevölkerung steigt in diesen Tagen ins Unermeßliche. Wir wollen helfen und retten. Das Leben von Millionen ist bereits verwirkt, die Hilfe der internationalen Arbeiterschaft, die auf den ersten Notruf einsetzte, reichte nur einen geringen Bruchteil aus. Die Hilfe der bürgerlichen Organisationen, die solange auf sich warten ließ, kam zu spät und ist unfähig, das Aergste zu verhindern. Rußlands Kornkammer, im vorigen Jahre von der Dürre geschlagen, lag dieses Jahr bis auf einen spärlichen Rest von bebauter Fläche brach, weil ihre Bewohner gestorben oder geflohen oder zu Tode geschwächt sind. Aber selbst für die Uebriggebliebenen ist zu wenig angebaut. Immer größere Teile Rußlands fallen dem Hunger zur Beute. Unsere Arbeit, Euere Arbeit wächst ins Riesengroße. Wir müssen, Ihr müßt dem Sterben der Millionen im proletarischen Rußland Einhalt gebieten! Vereint müssen wir die zusammengebrochene Landwirtschaft, die ruinierte Industrie aufrichten. Zur Hungerhilfe soll sich die Wirtschaftshilfe gesellen, eine gewaltige gemeinsame Anstrengung, das russische Land, die russischen Menschen, die russische Revolution zu retten.

Unsere Delegation wird, nachdem sie ihre Pflicht getan, vor Euch treten, Arbeiter der Welt, und darüber Bericht erstatten, auf welche Weise Sowjetrußland geholfen werden kann. Bis dahin seien alle Euere Gedanken auf dieses Werk gerichtet. Es handelt sich um unsere dringendste Pflicht: Rußland darf in seiner Not nicht untergehen. Unsere Aktion sei eine solidarische Tat nicht der Menschlichkeit allein, sondern auch auf dem Wege zur Weltrevolution.

Die Delegation des Auslandskomitees der Arbeiterhilfe.

Skagerrak.

Nicht nur in Breslau, sondern allenthalben haben die Reaktionäre den Gedenktag der Seeschlacht vor dem Skagerrak gefeiert. Dieser Gedenktagsrummel ist um so widerwärtiger, als jeder Mensch, der nicht von den blutigen Phantasien der U-Bootshelden, der Tirpitzjünger und der Barden des seligen Flottenvereins benebelt ist, längst weiß, daß die Seeschlacht vor dem Skagerrak eine nutzlose und wahnwitzige Schlächterei gewesen ist, die durchaus kein deutscher „Sieg" war, ohne jegliche Entscheidung endete, militärisch auch nicht das geringste bedeutete und eben tatsächlich nichts anderes war als das Werk einiger ruhmsüchtiger Admirale, die jetzt leider reaktionäre Gedenkfeiern abhalten können, da man es während der Revolution versäumt hat, sie von Tribunalen des Volkes wegen ihrer Schandtaten aburteilen zu lassen.

Natürlich benutzten die Reaktionäre den Skagerrakrummel auch zu frechen Provokationen der Arbeiterschaft. Ein besonders krasser Fall hat sich in Hamburg abgespielt, wie uns telephonisch von dort mitgeteilt wird. Dort haben anläßlich der Skagerrakfeier die schwarz-weiß-roten Haifische so sehr in Erinnerung an Explosionen, brennende Menschenleiber, Verzweiflungsschreie der in engen Schiffsräumen Erstickenden geschwelgt, daß sie den Plan faßten, zur Ehre der sechsten Wiederkehr des Jahrestages ihrer Verbrechen das Gebäude der kommunistischen Hamburger Volkszeitung in die Luft zu sprengen. Es wurde eine Zündschnur gelegt und alle Vorbreitungen zur Sprengung getroffen. Glücklicherweise sind die Absichten der Haifische nicht zur Ausführung gelangt. Es wurde nur eine große Schaufensterscheibe in unserem Parteigebäude gesprengt, worauf das Schaufenster ausbrannte. Wir werden noch näher über dieses deutschnationale Attentat berichten.

Natürlich werden die Attentäter völlig unverfolgt bleiben. Das Sprengstoffgesetz, das benutzt worden ist, um Arbeiter auf lange Jahre hinter Zuchthausmauern zu begraben, existiert nicht für Skagerrakhelden und ähnliches verrücktes Gesindel. Die Reaktion herrscht unumschränkt in der deutschen Republik.

Große Grubenkatastrophe in Essen.

Auf der Zeche „Helene und Amalie" im Bergrevier Essen fand in der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni eine schwere Explosion unter Tage statt. 17 Tote und 25 Verletzte sind geborgen, 8 Mann werden noch vermißt. Die Explosion erfolgte zwischen der 6. und 7. Sohle. Da die Explosion in die Hauptwetterstrecke der 7. Sohle hineingeschlagen ist und hier starke Verheerungen angerichtet hat, gestaltet sich die Rettung der Verletzten und die Bergung der Toten außerordentlich schwierig. Die Rettungsmannschaften konnten namentlich nicht, wie sonst üblich, mit dem einziehenden Wetterstrom, der die Explosionsgase vor sich hertreibt, vordringen, sondern mußten von der Wettersohle aus den Gasen entgegengehen und die Verunglückten und Toten aufwärts zur 6. Sohle transportieren. Genauere Feststellungen müssen der Bergbehörde vorbehalten bleiben. Die amtliche Untersuchung ist nach einer Mitteilung des Grubenaufsichtsamts im Handelsministerium eingeleitet.

*

WTB. meldet, daß nach dem amtlichen Bericht des preußischen Oberbergamtes die Explosion in der Schachtanlage Amalie bei Essen noch größeren Umfang gehabt hat, als zunächst angenommen wurde. Sie hat bisher an Opfern 18 Tote und 29 Verletzte gefordert. Fünf Mann werden zurzeit noch vermißt; es wird vermutet, daß sie in einer durch die Explosion zu Bruch gewordenen Strecke verschüttet sind.

*

Mit diesen trockenen Worten meldet der amtliche Bericht wieder ein furchtbares Unglück, den Tod und die Verstümmelung von 50 Proletariern. Es ist unmöglich, heute schon ein endgültiges Urteil über die Ursache dieser Katastrophe zu geben. Doch man wird nicht fehlgehen, daß, wie bei allen Unglücksfällen auf dem Schlachtfelde der Arbeit, auch hier die Profitsucht des Kapitals die Hauptschuld an der Katastrophe trägt. Das Vorhandensein von großen Gasmengen in den Kohlenbergwerken läßt immer darauf schließen, daß die Luftzuführung eine mangelhafte ist. Das Grubenkapital, das derartige Riesenprofite einheimst, daß es, wie beispielsweise Stinnes, mit seinen überschüssigen Milliarden die halbe Welt aufkaufen kann, spart natürlich an den notwendigen Schutzvorrichtungen immer. Die Untersuchungen der staatlichen Aufsichtsbehörde melden dann hinterher in der Regel, daß [illegible]

[illegible]

Schlesische Rundschau.

Was die deutsche bürgerliche und sozialdemokratische Presse verschweigt.

Die deutschen Blätter sind voll von Greueltaten polnischer Terroristen in Oberschlesien. Doch verschweigt die deutsche Presse ganz systematisch, daß in Oberschlesien auch deutsche Orgeschleute am Werke sind. Dagegen lesen wir in unserem Bruderorgan, der „Oberschlesischen Roten Fahne“:

„Sonnabend nacht drang ein Trupp von ca. 20 bewaffneten Orgeschleuten in die Eisenbahnbetriebswerkstatt und verlangte, daß ca. 60 angeblich polnischgesinnte Arbeiter entlassen werden. Die Provokateure klebten ein Plakat an, das die Namen der zu entlassenden Arbeiter enthielt. Leider war die Belegschaft nachts zu schwach, um die Provokateure davonzujagen.“

Ferner wird aus Gleiwitz gemeldet, daß dort bewaffnete Banden durch die Straßen ziehen und „Deutschland, Deutschland über alles“ gröhlen! Sind das etwa auch polnische Banditen?

Das Spiel ist sehr durchsichtig. Die nationalistischen Leidenschaften sollen bis zur Siedehitze gesteigert werden, um so in einem neuen nationalistischen Putsch die polnischen und deutschen Arbeiter sich untereinander zerfleischen zu lassen.

Die Arbeiter müssen erkennen, welches frivole Spiel man mit ihnen zu treiben versucht. Sie müssen erkennen, daß nur sie gemeinsam mit ihren polnischen Brüdern durch den Kampf gegen deutsche und polnische Nationalisten helfen können.

Aus der Partei.

Zwei Unterbezirksparteitage.

Breslau.

Am Sonntag, den 18. Juni findet eine

Unterbezirkskonferenz in Breslau

im Parteilokal, Nikolaistraße 49/50 statt.

Tagesordnung:

1. Die politischen und organisatorischen Aufgaben der Partei. Referent: Genosse Oelßner.
2. Tätigkeitsbericht der Unterbezirksleitung.
   a) Geschäftsbericht Genosse Gräf.
   b) Kassenbericht Genosse Töpfer.
3. Neuwahl.
4. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Aufgaben, die die Konferenz zu erledigen hat, ist es notwendig, daß jede Ortsgruppe vertreten ist. Auf je 50 Mitglieder kommt 1 Delegierter. Die Kosten der Delegierten tragen die Ortsgruppen.

Die Unterbezirksleitung.

Liegnitz.

Am Sonntag, den 11. Juni, vormittags 9½ Uhr, findet in Bunzlau, im „Deutschen Reich“, Pazzelstraße, die **Unterbezirkskonferenz des Unterbezirks Liegnitz** statt. Die Tagesordnung ist die folgende:

1. Die politischen und organisatorischen Aufgaben der Partei. Referent: Genosse Oelßner.
2. Tätigkeitsbericht der Unterbezirksleitung.
   a) Geschäftsbericht.
   b) Kassenbericht.
3. Wahlen.
4. Verschiedenes.

Die Delegation erfolgt nach den auf dem Bezirksparteitag erfolgten Beschlüssen. Die Kosten tragen die Ortsgruppen.

Pflicht aller Ortsgruppen ist es, Vertreter zu entsenden.

Unterbezirksleitung Liegnitz.

Vom Kampfplatz der Arbeit.

Die Grubenbarone greifen an!

Aus Waldenburg wird uns geschrieben:

Wie frech und brutal sich 3 Jahre nach der Revolution die Grubengewaltigen wieder aufspielen, beweist folgender Vorfall: Auf dem Bismarckschacht Neu Weißstein erklärten die Aufseher und Steiger, daß sie beauftragt seien, die Belegschaft darauf aufmerksam zu machen, daß das Bohren mit dem Bohrhammer mit 2 Mann auf das strengste bestraft wird. Entweder erfolgt Verlegung über Tage, oder Geldstrafe, ja es könnte sogar Entlassung eintreten. Hier zeigt es sich, daß man von den abgeschundenen [illegible] lerend ist, sondern daß der daniederliegende Kapitalismus bestrebt ist, sich aufzubauen, das kann ihnen nur gelingen auf Kosten der Ausbeutung, Aussaugung und der weiteren Verelendung des Proletariats. Hier zeigt es sich am deutlichsten, wie dieser Aufbau von statten gehen soll. Die Grubenbarone gehen zum Angriff über, sie gehen mit Hilfe der Gewerkschaftsführer dazu über, den Arbeitern eine Errungenschaft nach der anderen zu entreißen. Ja sogar der Siebenstundenschicht droht höchste Gefahr!

Donnerstag, den 8 Juni, 7 Uhr,

findet eine

öffentliche Frauenmitgliederversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Diskussion über den Vortrag des Gen. Oelßner über: „Liebe, Ehe und Kommunismus“.
2. Bericht von der Sitzung der F. A. K.
3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen. Sympathisierende sind eingeladen.

Lokal wird noch bekanntgegeben. Die F. A. K.

Deshalb wacht endlich auf, zwingt Eure Führer, der Offensive der Unternehmer die Kampffront des Proletariats entgegenzustellen, wenn nicht Tausende und Abertausende am Hungertod und durch die Verelendung zugrunde gehen sollen. Tretet ein für den Klassenkampf des Proletariats! Weg mit der Arbeitsgemeinschaft, her mit dem Arbeiter-Weltkongreß! Her mit der Arbeiter-Regierung! Fort mit dem Wiederaufbau, der nur ein Wiederaufbau des Kapitalismus ist und sich auf Kosten der Verelendung der Arbeiterschaft vollzieht.

Wie lange noch soll der Moloch Kapital die Knochen der Arbeiter fressen?

Es verunglückte in der Frühschicht auf dem fürstlichen Bahnschacht, am Montag, den 21. Mai, der Hauer Wilhelm Bräuer zu Tode durch hereinbrechendes Gestein. In der Mittagschicht verunglückte der Schmied Hadwig beim Abladen eines Wasserkastens so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. In der Nachtschicht verunglückte der Hauer Wunsch ebenfalls schwer, daß er bewußtlos von der Arbeitsstelle getragen werden mußte. Die Unglücksfälle mehren sich in den Gruben in erschreckender Zahl. Die meiste Schuld daran hat das miserable Gedinge-System. Die Kameraden lassen alles außer Acht, bloß um ein paar Wagen Kohle zu schaffen.

Kameraden, wie lange wollt Ihr Eure Knochen noch den Kapitalisten hingeben, die für Euer Geld fressen und schlemmen.

Lokales.

Breslau.

Die Zuständigkeit des Wohnungsamtes und der Baupolizeiverwaltung.

Der Magistrat sendet uns die nachstehenden Richtlinien über die Zuständigkeit des Wohnungsamtes, bezw. der Baupolizeiverwaltung zur Veröffentlichung zu:

1. Das Wohnungsamt ist zuständig:
   a) für Wohnungen, die einschließlich Küche aus 4 oder weniger zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmten Räumen bestehen, wobei aber Eigenwohnungen dieser Art in Gebäuden, die ausschließlich von einer Familie bewohnt werden, (Einfamilienhäuser) nur dann in Betracht kommen, wenn in ihnen nicht zur Familie gehörige Personen gegen Entgelt aufgenommen werden,
   b) bei größeren Wohnungen, in den familienfremde Personen gegen Entgelt aufgenommen werden,
   c) bei Wohn- und Schlafräumen, die von Dienst- und Arbeitgebern ihren Dienstboten, Gewerbegehilfen, Handlungsgehilfen, Handlungslehrlingen oder sonstigen Angestellten oder Arbeitern zugewiesen sind,
   d) bei solchen Wohn- und Schlafräumen in Mietwohnungen, die im Keller oder in einem nicht voll ausgebauten Dachgeschoß liegen,
   e) bei Ledigenheimen und Arbeiterlogierhäusern.

[illegible]

Hoffentlich wird dann die richtige Stelle auch recht schnell für Beseitigung der Mängel sorgen und nicht, wie bisher, die Antragsteller jahrelang warten lassen.

Zeitweilige Verlegung der Straßenbahnlinie 6. In der Zeit vom 7. Juni bis einschließlich 22. Juli wird das Straßenbahngleis und das Asphaltpflaster in der Taschenstraße zwischen Ohlauer Stadtgraben und Tauentzienstraße erneuert und, vorbehaltlich der Genehmigung des Polizeipräsidiums, die Taschenstraße aus dem Anlaß in dem angegebenen Umfange gänzlich gesperrt werden. Da ein Notgleis durch die Baustelle hindurch nicht gelegt werden kann, sollen die Straßenbahnzüge der Linie 6 nicht durch die Taschenstraße, sondern durch die Kloster-, Feld-, Grün und Gartenstraße und zurück auf derselben Strecke geleitet werden.

* **Beim Baden ertrunken.** Am 31. Mai, abends in der neunten Stunde, hat ein unbekannter schwarzbärtiger Mann von großem Körperumfang in der Oder an einer Buhne hinter dem Wappenhof ein Bad genommen und ist dabei ertrunken. Seine Leiche wurde am 1. Juni früh 9 Uhr gelandet und nach dem Schauhaus überführt. Seine Kleider, die noch am Abend gefunden wurden, sind in das Polizeipräsidium eingeliefert worden. Der Mann ist etwa 4 Jahre alt gewesen, 1,86 Meter groß und hat über 2 Zentner Körpergewicht gehabt. Er hat schwarzen, englisch verschnittenen Schnurrbart und Spitzbart getragen. Meldungen zur Ermittlung der Person werden nach Zimmer 9, Schuhbrücke 46, erbeten.

Beim Baden ertrunken sind bisher im ganzen 6 Personen, deren Leichen auch alle gelandet worden sind.

* **Kindesleiche.** An der Lessingbrücke ist am 1. Juni die Leiche eines ausgetragenen weiblichen Kindes aus der Oder gelandet worden. Das Mädchen ist ein etwa 48 cm langes vollausgetragenes Kind. Die Leiche war in ein Stück Züchenleinwand eingewickelt und ist in das Schauhaus geschafft worden.

Gottesberg.

Freie Elternvereinigung. Am Donnerstag, den 25. Mai, fand im Hotel „Schwarzes Roß“ eine Versammlung der freien Elternvereinigung statt, in der Herr Lehrer Teuschler von der weltlichen Schule über die Elternbeiratswahlen sprach. Er verlas erst die Satzungen zu den Wahlen und die Wahlordnung selbst. Dann sprach er über Zweck und Wesen der Elternbeiräte. Nach ihm gab der Kassierer den Kassenbericht. Gesamteinnahme war 2204 Mk., Gesamtausgabe 2006,85 Mk., mithin blieb ein Kassenbestand von 197,85 Mk. Ferner gab der Vorsitzende der Versammlung bekannt, welche Schwierigkeiten sich bei der Anstellung des Herrn Lehrer Schröder ergeben haben. Auch wurde über Beitragserhöhung gesprochen. Es wurde vorgeschlagen, statt 2 Mk. vierteljährlich 2 Mk. monatlich und zwar vom 1. Juli ab zu erheben. Genosse Dregner widersprach dem und sagte, es würde mehr schaden als nutzen. Genosse Ullrich legte aber der Versammlung klar, daß es nicht anders gehe. Die Versammlung stimmte ihm bis auf zwei Stimmen zu. Herr Lehrer Teuschler gab dann bekannt, daß die Elternbeiratswahlen am 25. Juni stattfinden. Die Aufstellung der Kandidaten soll in einer am 11. Juni stattfindenden Versammlung geschehen. Es liegt nun im Interesse jedes einzelnen, selbst an dieser Versammlung teilzunehmen.

K * P * D

Kommunistische Partei Deutschlands, (Bezirk Schlesien).

Die Hauptformen der kommunistischen Propaganda und Agitation sind: mündliche, persönliche Unterredung, Teilnahme an den Kämpfen der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung. Wirkung durch Parteipresse und Parteiliteratur. An all dieser Tätigkeit soll jedes Mitglied sowohl einer illegalen wie auch einer legalen Partei auf die eine oder andere Weise regelmäßig teilnehmen.

(Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.)

Bezirksleitung: Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Fernsprecher Ring 8837. Adresse: Alfred Oelßner, Breslau 1, Nikolaistraße 49/50. Postscheckkonto Breslau 588 64, Alfred Oelßner.

Unterbezirk Breslau. Büro: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Karl Gräf.

Unterbezirk Waldenburg. Büro: Gottesberg, Langestr. Nr. 14. F. Melzer.

Unterbezirk Liegnitz. Büro Haynau, Liegnitzer Str. 39 Alfred Hamann.

Bunzlau. Mittwoch, den 7. Juni 1922 abends 8 Uhr im Deutschen Reich **Mitglieder-Versammlung.** Erscheinen jedes Genossen ist Pflicht, da am 11. Juni 1922 hier die Unterbezirkskonferenz stattfindet. Sympathisierende, besonders Zeitungsleser, sind willkommen. Frauen mitbringen.

Verantwortl. Redakt.: Fritz Kitzel; Inserate: Max Zschocher.
Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H.
Druck: Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Schauburg
Victoria-Theater
Telefon: Ring 2297.
Der grosse Erfolg!
A. Schnitzler's
Reigen
10 Dialoge
Vorverkauf:

Dauer-Wäsche
Richard Schlabs
Breslau.

Lehrling
zur Erlernung des Glasschleiferhandwerks (Kristallbranche) wird per bald od. spät. gesucht

Die Krise der Sozialdemokratie
Von Rosa Luxemburg
Preis 5,50 M.
Zu beziehen durch die
Produktiv-Genossenschaft
Abt. Buchhandlung.

Inserieren bringt Erfolg!

Achtung! Arbeiter! Achtung!
Freitag, den 9. Juni, abends 6 Uhr
große öffentliche
Volksversammlung
im Schulte-Schacht
Thema:
„Kapitalismus, die wahre Ursache unseres Elends und ihre Beseitigung“.
Referenten: Genosse Fritz Schmidt und Adolf Franz, Lehmwasser.
Ortsgruppe Lehmwasser.

Monopol-Trinkbranntweine
Gut Preiswert Rein
Leere Monopol-Flaschen
wenn unbeschädigt u. nicht verunreinigt werden jetzt zu 5 Mark von den Verkaufsstellen zurückgenommen
Groß-Vertrieb für Bezirk Breslau
Monopolbranntwein-Vertriebsges. m. b. H. „Mobra“
Telephon Ring 11747.